Nummer 47 — Hannover, 20. November 1926 — 35. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover. Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

## Reichstagsrede des Kollegen Brey zur Erwerbslosenfrage.

Im Plenum des Reichstags wurde am 5. November über die Erwerbslosenfrage verhandelt. Der Kollege Brey gab den Bericht über die Vorarbeiten und Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses. Als Fraktionsredner vertrat er dann den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei. Wir bringen hier einen Auszug aus dem Stenogramm des Reichstags:

**Brey**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Stand der Erwerbslosigkeit am 15. Oktober war 1 339 194 Unterstützungsberechtigte. Also ein Rückgang um 54 000 oder 4 Prozent. Bei diesem äußerst bescheidenen Rückgang darf nicht übersehen werden, daß in dieser Zahl nicht alle Erwerbslosen erfaßt sind. Im vorigen Jahre war die Zahl der Erwerbslosen im letzten Quartal 2 Millionen. Jeder Mensch mit sozialem Gefühl und Verständnis fragt sich: Was wird der Winter bringen? Soll man die Erwerbslosen der dumpfen Verzweiflung überlassen?

Von diesen Fragen ausgehend, trat meine Fraktion, noch bevor der Reichstag zusammentrat, an den Sozialpolitischen Ausschuß mit einem dringlichen Antrage, in dem sie forderte: „Wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze, Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten, Beseitigung der Pflichtarbeit, Schutz der älteren Arbeiter und Angestellten; weiter wurde eine Prüfung verlangt, wieweit die Vorarbeiten für die alsbaldige Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gediehen sind. Was der sozialdemokratische Antrag in seinen Hauptpunkten bezweckte, ist nicht durchgesetzt worden. Im Unterausschuß haben meine Freunde verlangt: „Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung werden mit Wirkung vom 1. November für alle Unterstützungsempfänger einschließlich derer unter 21 Jahren um 50 vom Hundert erhöht." Leider hat dieser Antrag im Gesamtausschuß keine Mehrheit gefunden; er wurde mit 10 zu 10 Stimmen bei Enthaltung der Deutschnationalen abgelehnt. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese haben mit ihrer „Enthaltsamkeit" jedenfalls das stolze Wort einlösen wollen, das Herr Dr. Koch am Rhein ausgesprochen hat und das lautet: „In der Sorge um die Erwerbslosen werden wir uns von keiner Partei übertreffen lassen!"

Die Unterstützungen der Hauptunterstützungsempfänger sollen nun um 10 Prozent erhöht werden. Es soll für den fünften Familienunterstützungsempfänger die Unterstützung gewährt werden, und für die Ledigen ohne Familienangehörige soll eine Erhöhung der Unterstützung von 15 Prozent eintreten. Auch nach einer solchen Gestaltung der Unterstützungssätze kann man nicht zu der Überzeugung kommen, daß die Erwerbslosen, sowohl die alleinstehenden als auch die mit Familienangehörigen, gegen die Not gesichert sind, die der Winter über sie bringen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Verglichen mit dem Umstand, daß wir für das ganze Jahr hindurch eine Zunahme der Unterhaltungskosten zu verzeichnen haben, kommt man zu dem Ergebnis, daß sie als Sommersätze zu niedrig gewesen; für die Bedürfnisse des Winters gedacht, reichen sie schon gar nicht aus. Es ist dabei nicht beachtet, daß seit dem März dieses Jahres bis zum September die Unterhaltungskosten fortgesetzt gestiegen sind. Eine fortgesetzte Preissteigerung hat die Kaufkraft des Geldes gesenkt. Die ungenügende Kaufkraft der Erwerbslosen hat auch Leuten Anlaß zum Denken gegeben, die unsere Weltanschauung nicht teilen. Herr Professor Beckmann von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn schrieb in der Nr. 241 der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 14. Oktober 1926 über die Kaufkraft in Verbindung mit der Krise in der Landwirtschaft:

> Es ist die Verarmung der deutschen Wirtschaft selbst, das Millionenheer der Erwerbslosen, der durch Armut erzwungene Käuferstreik, der die deutsche Agrarkrise verschärft und die Anteilnahme an besseren Weltmarktpreisen verhindert.

Professor Sering schreibt in der „Zeitschrift für Agrarpolitik":

> Genauere Verbrauchsuntersuchungen werden wohl auch ergeben, daß sich eine neuerliche Verschiebung von den hochwertigen zu den minderwertigen Lebensmitteln vollzieht. Es ist anzunehmen, daß wieder mehr Roggen statt Weizen, mehr Schmalz statt Butter genossen werden müssen. Die starke Verteuerung der Lebensmittel durch Bäcker, Fleischer und Milchlieferanten trifft alle Lebensmittel gleichmäßig.

Es ist nicht von ungefähr, daß die Typhusseuche in Hannover sich ihre Opfer in der Hauptsache aus den Arbeiterquartieren holte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei Massenerkrankungen sind die Arbeiter um so mehr die Leidtragenden, als ihre Ernährung zu wünschen übrig läßt. Die Arbeiter werden bei Unterernährung auch empfänglicher für Unfallgefahren, und in dem Augenblick, in dem unsere Wirtschaft sich bessern sollte, wird sich eine Unfallhäufung infolge von Unterernährung herausstellen, und es wird sich weiter ergeben, daß die Arbeitenden infolge der Unterernährung den Anforderungen der Arbeit auch qualitativ und quantitativ nicht mehr recht gewachsen sein werden. Das wird nicht zum Nutzen der deutschen Wirtschaft ausschlagen, und diese üblen Folgen wollten wir durch unseren Hauptantrag verhindern. Unser Hauptantrag ist abgelehnt worden. Nun wollen wir wenigstens eine mäßige Erhöhung der Unterstützung erreichen. Das soll geschehen durch unseren Antrag, den wir dem Hohen Hause unterbreitet haben:

> Die Bezüge sämtlicher Hauptunterstützungsempfänger um 30 Prozent, die Familienzuschläge um 20 Prozent zu erhöhen.

Das ist das mindeste, was nach unserer Auffassung beschlossen werden muß (Sehr wahr! bei den Soz.), um den Gefahren der Unterernährung auf sanitärem Gebiete, auf dem Gebiete der Arbeitsleistungen selbst und auf dem der Unfallgefahren etwas vorzubeugen. Aus unzureichender Erwerbslosenunterstützung können auch Gefahren anderer Art entstehen. Ich denke an das Verbrechen von Leiferde. Es braucht niemand zu erwarten, daß ich diesem Verbrechen ein Wort der Entschuldigung oder der Rechtfertigung widmen will. Aber mit tiefer Erschütterung habe ich gelesen, wie einer der Verurteilten geschildert hat, wie er im Asyl in Friedrichshafen mit zwei anderen in einem Raum gewesen, wo zwanzig Betten aufgestellt waren und fünfzig Menschen hausen sollten. „Die Luft war zum Zerschneiden, und wir beschlossen, wieder zu wandern und unterwegs zu stehlen."

Der Arbeiterdichter Schlesinger schildert:

> Auf dem Wohlfahrtsamte zu Paderborn, wo wir eine Essenkarte haben wollten, wurden wir schroff abgewiesen. Der Italiener Pacelli war da gerade in Paderborn. Die Stadt gab Tausende von Mark dafür aus, — für die Musik — und für uns hatte man nichts übrig.

Ich füge hinzu: nicht einen Teller Suppe. Ich erinnere an die vielen Fälle der Selbstmorde, an die vielen Fälle der Familienmorde, wo Mann und Frau aus dieser Welt gehen, die Kinder mitnehmen, weil sie an ihrem Fortkommen verzweifeln. Die Ursachen, die solche Zustände zeitigen, können, ja müssen auch Folgen politischer Art haben, die bei dem Grad der Verzweiflung, die unter den Erwerbslosen und unter denen herrscht, die befürchten müssen, erwerbslos zu werden, zu verstehen sind. Wir wünschen nicht Ausbrüche der Verzweiflung. Wir wollen vielmehr die Erwerbslosen vor solchen bewahren. Wir wollen aber auch die Republik schützen vor dem Vorwurf aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen, daß erst die Verzweiflung erforderlich sei, um ausreichende staatliche Hilfsbereitschaft auszulösen. Ein kluger Mann wartet nicht, bis ihm die Fensterscheiben eingeschlagen sind, sondern schützt die Fensterscheiben rechtzeitig durch Läden. Nun ist in dem Kampf für und gegen die Erhöhung der Unterstützung auf das Verhältnis zwischen Lohn und Unterstützung hingewiesen worden. Aus der Unternehmerpresse wissen wir ja, daß in gewissen Kreisen der Unternehmer in der Erwerbslosenunterstützung eine einträgliche mühelose Stellung erblickt wird. Allen diesen guten Leutchen möchte ich wünschen, daß sie einmal 1¼ Jahr in den Genuß einer solchen Sinekure gebracht würden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Reisen nach Karlsbad und Marienbad hätten sie dann nicht mehr notwendig. Aber vielleicht kämen sie sozial einsichtiger aus der Erwerbslosenunterstützung zurück. Das wäre auch ein Gewinn. Vom Arbeitsministerium ist eine Erhebung über das Verhältnis des Lohnes zur Unterstützung vorgelegt worden. Die Zahlen stützen sich auf eine Erhebung vom Juli dieses Jahres und besagen, daß „die Unterstützungen 70 bis 90 Prozent des Bruttoverdienstes und 80 bis 100 Prozent des Nettoverdienstes bei 54 899 Erwerbslosen erreicht haben. Sie lagen über 90 Prozent des Bruttoverdienstes, 100 Prozent des Nettoverdienstes bei 40 917 Erwerbslosen. Rund 95 000 Erwerbslose oder 6,64 Prozent der Gesamtzahl lagen also nahe an den Löhnen oder überschritten sie sogar. Werden die Sätze der Erwerbslosenunterstützung, Hauptunterstützung und Familienzuschläge, um 10 Prozent erhöht, so erhöht sich dieser Prozentsatz auf 11,66. Werden sie um 20 Prozent erhöht, auf 21,90 Prozent sämtlicher Arbeitsloser, davon 15,26 Prozent dicht an den Löhnen, 6,64 Prozent über den Löhnen. Werden sie um 30 Prozent erhöht, so liegen 11,66 Prozent der Arbeitslosen mit ihrer Unterstützung über ihrem letzten Nettolohn." An der Richtigkeit der Ziffern an sich möchte ich nicht zweifeln. Und doch möchte ich in Frage stellen, ob das rohe mathematische Inbeziehungbringen von Lohn und Unterstützungssätzen sozial gerecht ist. Die Frage wird von mir verneint. Die Löhne sind durch die Inflationszeit beeinflußt. (Widerspruch vom Regierungstisch.) — Bitte sehr, Herr Arbeitsminister, haben wir seit der Zeit eine Erhöhung erhalten? (Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Ja!) Ich glaube, nein. Gedrückt durch Kreditkrisen! Wird das bestritten? (Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Das wird nicht bestritten!) — Das wird nicht bestritten. Gedrückt durch Absatzkrisen, niedrig gehalten bei einem Überangebot an Arbeitskräften, ungünstig beeinflußt durch Zustrom von Arbeitsuchenden, aus Schichten, die früher zu den Arbeitern nicht gezählt sein wollten, die aber Arbeit zu jeder Bezahlung angenommen haben, auf einen Tiefstand gedrückt haben, unter der Parole des Lohnabbaues von einem stark organisierten Unternehmertum, niedrig gehalten durch ein Schlichtungssystem, das mehr geneigt war und vielleicht noch ist, meist eine Notlage des Unternehmers anzunehmen als eine Notlage der Arbeiter. Wirtschaftliche, unternehmerorganisatorische und staatliche Machteinflüsse haben die Arbeiter und Angestellten gehindert, sich einen angemessenen Anteil aus dem Ertrage der Arbeit zu verschaffen. Deshalb sind diese Löhne kein Maßstab, sie dürfen so lange nicht richtunggebend sein für Unterstützungsbemessung, solange die Arbeiter in ihrem Ringen nach besserem Lohn nicht erst einmal eine Zeitlang von den Hemmungen und Hindernissen in Lohnkämpfen befreit sind, denen sie jetzt ausgesetzt sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein anderer Grund, die Unterstützung niedrig zu halten, war die Betonung, daß bei allzu großer Unterstützung der Arbeitswille getötet würde. Über das Problem des Arbeitswillens hat das frühere Mitglied dieses Hauses, der jetzige Landrat Kaiser im Kreise Hanau, auf einem Unterverbandstag Kassel des preußischen Landkreistages in Hanau am Freitag, dem 15. Oktober, sich ausgelassen:

> Noch ist mit Befriedigung festzustellen, daß sich die Erwerbslosen zu jeder, auch der schmutzigsten Arbeit geradezu drängen. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei Einstellung von Notstandsarbeiten spielen sich auf den Bürgermeistereien oft die heftigsten Auseinandersetzungen ab. Jeder Erwerbslose will bei Vergebung der Arbeiten berücksichtigt sein und fühlt sich benachteiligt, wenn er nicht zugeteilt wird.

Das Arbeitsamt Niedersachsen teilt mit:

> Es kann nicht bestritten werden, daß ein Teil Erwerbsloser deshalb schwer zu vermitteln ist, weil der Wille zur Arbeit infolge längerer Erwerbslosigkeit abgeschwächt wurde. Teilweise sind dies Personen, die auch in wirtschaftlich guten Zeiten des öfteren ohne Arbeit sind. Sehr ungünstig wirkt auch lange Erwerbslosigkeit auf die Arbeiter ein, die von ihrer Jugend in ein und demselben Betrieb mit der gleichen Arbeit beschäftigt wurden. Diese Arbeiter hoffen anfangs, wieder in dem gleichen Betrieb unterzukommen. Im Laufe der Zeit werden sie so abgestumpft, daß sie selbst leidlich günstige Arbeitsgebote ablehnen, weil sie sich nicht zutrauen, die Arbeit ausführen zu können. Arbeitsnachweise mit einer fachlich guten Geschäftsführung haben es immer wieder verstanden, auch diese schwer zu vermittelnden Kräfte unterzubringen. In den letzten Wochen ist es den Arbeitsnachweisen unseres Bezirks ohne besonderen Aufwand gelungen, dem Bergbau in Wietze-Steinförde über 100 Schachtarbeiter zu vermitteln, trotzdem die Erwerbslosen stets ausdrücklich darauf hingewiesen wurden, daß diese Arbeit außerordentlich schmutzig sei. Bekanntlich müssen sich die Schachtarbeiter täglich nach der Ausfahrt den ganzen Körper mit Petroleum waschen.

Für die Gesamtarbeitsnachweise des Bezirks wird gesagt:

> Die Arbeitsnachweise unseres Bezirks legen in erster Linie Wert auf freiwillige Meldungen, und diese sind meist zahlreich genug, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu besetzen. Außerdem werden schwächliche Personen zu schweren Arbeiten nicht vermittelt. Zu manchen Notstandsarbeiten drängen sich die Erwerbslosen."

Diese Auslassungen stellen fest, daß large Arbeitslosigkeit und mangelndes Vertrauen einseitig ausgebildeter Arbeiter in einzelnen Fällen den Arbeitswillen beeinträchtigen; nicht aber die Unterstützung. Bei der Beurteilung der Erwerbslosennöte wird man an den Folgen der Rationalisierung nicht vorübergehen können. Die „Bergwerkszeitung" enthält eine in dieser Beziehung recht interessante Statistik, die zeigt, daß im Jahre 1913 im Bergbau 5 Prozent mechanische Kräfte bei der Förderung Anwendung fanden, im Jahre 1925 dagegen 45 Prozent. Das bedeutet eine Verdrängung der menschlichen Arbeit durch Mechanisierung in ungeheurem Umfange. Wenn man Einzelbetriebe aus dem Bergbau herausgreifen würde, würde sich ergeben, daß die Förderungsarbeit heute zu 50 Prozent und mehr durch Mechanisierung vollbracht wird. In der Continental- und Caoutchouc-Company in Hannover waren bis März 1925 14 500 Arbeiter beschäftigt, heute werden nur noch 7000 beschäftigt. Infolge der Rationalisierung schaffen diese 7000 Arbeiter heute bei einer Arbeitsleistung von acht Stunden mehr Waren als 10 000 Arbeiter im Jahre 1913 bei zehn Stunden. Da drängt sich die Frage auf: was soll aus den Opfern dieser Rationalisierung werden? Ich verweise darauf, daß diese Fabrik — dem Beispiel anderer Großbetriebe folgend — bei Neueinstellungen nicht zurückgreift auf die früher entlassenen, sondern neue Arbeitskräfte wirbt, und zwar da, wo sie sie findet. So ist es in Hannover offenes Geheimnis, daß zum Beispiel die Oberpostdirektion im Herbst ihre Entlassenen mit dem Entlassungsschein nach der Continental-Caoutchouc-Company hinschickt. Der Entlassungsschein genügt zur Einstellung. Der Arbeitsnachweis wird umgangen. Das ist die gleiche Oberpostdirektion, die einem Mechaniker im Alter von 28 Jahren auf ein Gesuch die Antwort erteilte: Sie stelle Leute über 25 Jahre nicht ein! In der Niederschrift über eine allgemeine Direktionskonferenz eines Konzerns der chemischen Großindustrie Mitteldeutschlands vom 8. August ist zu lesen:

> Seitens des Arbeitgeberverbandes wird auf die Bestrebungen des Rano zur Unterbringung von Reichswehrangehörigen empfehlend hingewiesen. Einzelne Werke (Leuna) haben direkt einen Vertrag mit dem Rano abgeschlossen und geben ihre Vakanzen dem Rano regelmäßig bekannt. Mit den zur Einstellung gelangten Personen war man sehr zufrieden.

Die Umgehungen des Arbeitsnachweises haben auch eine politische Ursache. Es sind die Überwiesenen in der Regel junge Leute, darunter solche aus nationalistischen Organisationen, und die werden den alten Arbeitern vorgezogen, weil man hofft, mit ihnen besser fertig zu werden. Selbst durch das umfassendste Arbeitsbeschaffungsprogramm wird nicht untergebracht werden, was durch Mechanisierung in der Wirtschaft, durch verschärfte Antreiberei und Überstundenarbeit aus der Erzeugung hinausgedrängt worden ist. Notwendig ist eine Änderung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Eingriffe in die Wirtschaft, unter Einräumung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechts an die Arbeiter und Angestellten. Eine dringliche Regelung der Arbeitszeit, in der durch Verkürzung Raum geschaffen werden muß für die überflüssig gewordenen Hände. Zu alledem ist es die höchste Zeit, wenn wirtschaftliche, körperliche und moralische Verelendung der Arbeiter nicht noch weiter um sich greifen sollen. Möge die Regierung diese Notwendigkeit erkennen, solange es noch Zeit ist! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

## Durch Prosperität zum Sozialismus!

In englischen sozialistischen Kreisen hat man in letzter Zeit versucht, dem Kampf um den Lohn eine neue Grundlage zu geben, was zu begrüßen ist. Gibt es doch kein ökonomisches Gebiet, das in den letzten 130 Jahren so umstritten war wie die Lohnfrage. Es braucht nur an das „eherne Lohngesetz" erinnert zu werden, das von der deutschen Sozialdemokratie bis 1890 anerkannt wurde. In einem 1891 in London erschienenen volkswirtschaftlichen Buch „Economics of Industry" schreibt der englische Gelehrte Marshall: „Dieses Gesetz hat man besonders in Deutschland das Ricardosche eherne Lohngesetz genannt. Viele deutsche Sozialisten sind auch heute der Meinung, das Gesetz bestehe und sei mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unzertrennlich verwachsen." In England hat es nie Anerkennung gefunden. Schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schrieb der bedeutsame englische Volkswirtschaftler John Stewart Mill:

> „Der einfachste Ausweg, den Arbeitslohn auf der wünschenswerten Höhe zu erhalten, würde der sein, ihn durch ein Gesetz zu bestimmen. Einige hatten vorgeschlagen, einen Mindestsatz festzusetzen. Ein anderer Plan, der unter den Führern der Arbeiter viel Anklang fand, ist, lokale Berufsausschüsse zu bilden, um eine Lohnrate zu bestimmen, die auf natürliche Gerechtigkeit und nicht auf Angebot und Nachfrage (Konjunkturpolitik) basiert. Andere glauben, daß die Arbeitgeber einen hinreichenden Lohn geben sollten, und wenn sie es nicht willig tun, so sollten sie dazu gezwungen werden."

Seit jener Zeit ist die Forderung nach dem auskömmlichen Lohn nicht wieder von der Bildfläche verschwunden.

Die in der Independent Labour Party vereinigten Sozialisten hatten auf dem letzten Kongreß der Labour Party das Problem des auskömmlichen Lohnes zur Debatte gestellt.

Wenn auch die von dieser Seite aufgerollte Frage weit über das gewerkschaftliche Gebiet hinausragt, so ist die Sache doch wichtig genug, um eingehender besprochen zu werden.

Ein Kreis theoretischer Sozialisten will in „unserer Zeit" den Sozialismus zur Verwirklichung bringen, weshalb der bekannte Schriftsteller Brailsford den Grundsatz aufstellte: „Durch Prosperität zum Sozialismus!" Und was sind die vorgeschlagenen Mittel zur Erreichung dieses Zieles? Steigerung der Kaufkraft des Volkes durch Einführung des auskömmlichen Lohnes. In einem im sozialistischen Wochenblatt „The New Leader" erschienenen Aufsatz vom 22. Oktober schreibt Brailsford:

> „Jeder wird zugeben, höhere Löhne müssen im allgemeinen eine Steigerung der Produktion zur Voraussetzung haben. Es werden sich auch wenige dem Argument verschließen wollen, daß eine Steigerung der Produktion nur denkbar ist durch eine gewissenhafte Reorganisation der meisten unserer Schlüsselindustrien. Ferner ist es klar, daß große Teile des Volkes mit einer Rationalisierung einverstanden wären, käme diese nicht zu spontan. So befinden wir uns auf einem Gebiet, wo eine allgemeine Verständigung leicht ist. Dann aber stehen wir vor einem dicken Trennungsstrich. Die psychologischen und volkswirtschaftlichen Fragen, die nun auftauchen, sind: was soll zuerst kommen? Sollen wir uns mit einer Reorganisation der Industrie einverstanden erklären in dem Glauben, höhere Löhne würden schon von selbst kommen müssen?"

In Deutschland werden die Vertreter kapitalistischer Interessen nicht müde, zu erklären, die Lohnpolitik der Gewerk-

schaften behindere den Aufstieg aus der Wirtschaftskrise. Mit diesem Standpunkt muß gebrochen werden. Schon Adam Smith stellte 1801 in seinem berühmten Buche: „Der Reichtum der Nationen" den Standpunkt auf, gute „Löhne treiben die Produktionstätigkeit an". Nach Adam Smith behindern hohe Löhne durchaus nicht den industriellen Aufstieg, sondern zwingen denselben zu einem schnelleren Tempo. So kommt auch Brailsford zu der Schlußfolgerung: Hohe Löhne sind die Vorbedingung einer gesunden Nationalisierungspolitik. Zur Verteidigung seiner Ansicht beruft er sich auf das Amerikabuch der deutschen Gewerkschaftsführer. In dem bereits erwähnten Aufsatz schreibt er hierüber:

„Zuerst müssen höhere Löhne kommen. Wir sind uns bewußt, selbst in der Arbeiterpartei gibt es Leute, denen eine solche Forderung paradox erscheint. Unser Verlangen kann jedoch durch zwei gesunde Argumente bekräftigt werden. Erstens sind wir der Ansicht, solange die Unternehmer in ihrem Schlendrian, durch niedrige Löhne Profit machen zu können, nicht gehemmt sind, werden sie ihr Gehirn nicht anstrengen, um zur Möglichkeit einer wirklich wissenschaftlich geleiteten Produktion zu kommen. Man zwinge sie zur Zahlung von höheren Löhnen und ihr organisatorischer Erfindungsgeist wird naturnotwendig angetrieben. Zweitens wird durch höhere Löhne der innere Markt gekräftigt. Man erhöhe die Löhne im allgemeinen und zum ersten Male, und in der Geschichte des industriellen Zeitalters schafft man die Möglichkeit, um die Massenproduktion zur vollen Entwicklung zu bringen."

„Aber das ist doch alles graue Theorie und Spekulation", wird der Leser sagen. Nicht im geringsten. Es handelt sich hier um eine genaue Darlegung der Entwicklung, die Amerika in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat. Der Stillstand der Einwanderung während des Krieges, ihre Einschränkung nach dem Krieg schuf einen Mangel an Arbeitskräften, und die naturnotwendige Folge war: hohe Löhne. Das wiederum zwang zu einer gewissenhaften Organisation der Industrie, die Einführung von arbeitersparenden Maschinen, Typisierung und schließlich eine titanische Produktenerzeugung durch Massenproduktion. Das große Geheimnis lag jedoch nicht in der Massenproduktion, sondern einzig und allein in den hohen Löhnen, die den Verbrauch immer mehr steigerten. Über die eingeschlagene Folgenreihe der Entwicklung der Dinge kann ein Zweifel nicht aufkommen. Die deutsche Gewerkschaftsdelegation hat in ihrem Amerika-Bericht immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, daß der Druck der hohen Löhne zuerst kam. Die erhöhte und systematische Massenproduktion war die Folge.

Jeder ernsthafte Beobachter des modernen Wirtschaftslebens wird zugeben müssen, hier stehen wir am Scheidewege. Ein Aufstieg aus der uns bedrückenden Krise ist nur durch Anwendung einer Radikalkur möglich; diese ist aber in der Kräftigung der Kaufkraft des eigenen Volkes zu suchen. Ein Blick auf die Bestrebungen des deutschen Unternehmertums zeigt aber, wie holperig der zu beschreitende Weg noch ist. Es ist gewiß, die geistigen Vertreter der Unternehmerklasse werden auf die Vorgänge im englischen Bergbau hinweisen, wozu sie aber wirklich kein Recht haben. Ein Vergleich zwischen deutschen und englischen Verhältnissen ist nach dieser Richtung hin undenkbar, da die Lage der englischen Arbeiterklasse seit 1918 eine viel bessere war als bei uns. Auch läßt sich hundertfach beweisen, daß eine Stabilisierungs- und Nationalisierungspolitik nach dem Rezept des deutschen Kapitalismus in England nicht möglich ist. Wurde doch die englische Regierung noch vor Beginn des Bergarbeiterstreiks zu dem Versprechen gezwungen, einen Fonds bereitzustellen zur Unterstützung der durch die Rationalisierung notwendig werdenden Brotlosmachung von Bergarbeitern. Die Unternehmer kommen stets mit dem Vorwand, Lohnerhöhungen wirkten preissteigernd, da sie auf die Verbraucher abgewälzt werden. Letztere seien auch wieder die Arbeiter, weshalb es ein Trugschluß wäre, im höheren Lohn eine Besserung der allgemeinen Lebenslage zu erblicken. Diese Seite der Frage wurde kürzlich von dem sozialistischen Volkswirtschaftler J. A. Hobson dahingehend beantwortet:

„Bei der Aussprache über die Wirkung steigender Löhne auf die Preise wird stets die Befürchtung ausgesprochen, Lohnerhöhungen müßten auf die Verbraucher abgewälzt werden, gelänge es nicht, mit jeder Lohnerhöhung den Forderanteil der Produktion zu steigern. Eine solche Kalkulation läßt allerdings den Mehrwert in seinen verschiedenen Arten außer acht, aus dem sehr gut der erhöhte Lohnanteil genommen werden könnte. Andererseits ist einleuchtend, daß jedes befriedigende Lohnsystem von einer steigenden Produktion begleitet sein muß."

In einer Zeit, wo der Fordismus die Runde durch die Welt antritt, ist es beschämend für die Geistesrichtung des deutschen Unternehmertums, daß es sich noch immer nicht an den von Adam Smith aufgestellten Grundsatz gewöhnen kann, daß „dort, wo hohe Löhne bestehen, die Arbeiter auch aktiver, fleißiger und flinker sind".

Jedoch befassen wir uns einen Augenblick mit den Plänen unserer englischen Genossen. Eine genaue Einsicht in dieselben zeigt allerdings, daß es sich hier vielfach noch um wenig durchdachte Zukunftspläne handelt, die von den deutschen Gewerkschaften nicht ohne weiteres übernommen werden könnten. Auch hat sich der Kongreß der Labour Party geweigert, sich den Plan zu eigen zu machen. Noch vor Zusammentritt der Tagung sahen sich die Antragsteller zu einem Kompromiß genötigt, nach welchem das ganze Problem einem Untersuchungsausschuß überwiesen wurde, der bis zum nächsten Jahre einen Bericht ausarbeiten soll.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ist die Verwirklichung des Planes durchaus nicht so einfach. Das war wohl auch den Antragstellern klar. Genosse Brailsford legte dann bei der Verteidigung seiner Pläne dar, daß die plötzliche Einführung eines auskömmlichen Lohnes für alle Berufe volkswirtschaftlich nicht tragbar sei. Deshalb propagiert er den Gedanken, zunächst für alle in öffentlichen Diensten stehenden Arbeiter solle eine angemessene Lohnerhöhung eingeführt werden; also für die Arbeiter von Staat und Gemeinde. Die so eingeführten Löhne würden dann auf die Privatindustrie reagieren und auch hier höhere Löhne notwendig machen. Jedoch ist ein solcher Vorschlag nur ein Palliativmittel. Soll der Plan sich gesellschaftlich auswirken, so müßte zu anderen Mitteln gegriffen werden, und diese sind: Verstaatlichung bestimmter Industrien, vor allem aber staatliche Kontrolle des Bank- und Kreditwesens. Schließlich müßte zur Verstaatlichung des gesamten Konsums und der Rohstoffe geschritten werden. Ferner ist Brailsford nach genauen Untersuchungen der Lohnverhältnisse in den britischen Kolonien (Neuseeland und Australien) der Ansicht, daß der auskömmliche Lohn ohne ein System des Soziallohnes undenkbar sei. Was für den alleinstehenden Arbeiter ein guter Lohn sei, könne für einen Familienvater mit Frau und fünf Kindern ein schlechter Lohn sein. Der Fonds zur Zahlung von Familienzulagen soll staatlich sein und durch eine Besitzsteuer aufgebracht werden. Es handelt sich hier, wie man sieht, um einen Plan, der das ganze Wirtschaftsleben berührt.

Die Kritik auf dem Kongreß richtete sich auch vor allem gegen das System des Soziallohnes, das auch noch der Klärung bedarf. Erfahrene Praktiker, wie Macdonald, standen dem ganzen Plane skeptisch gegenüber. Zu seiner Verwirklichung ist doch vor allem ein arbeiterfreundliches Parlament notwendig. Schließlich ist die logische Folgerung die, daß die kapitalistische Gesellschaft gar nicht in der Lage ist, eine angemessene Lebensweise für alle zu garantieren. Trotzdem verlangt die Lohnfrage eine immer intensivere Aufmerksamkeit. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, nach Mitteln und Wegen zu suchen, dem Prinzip Gehör zu schenken, durch Steigerung der Kaufkraft des Volkes zu einer immer höher steigenden Produktion zu kommen. Das amerikanische Beispiel zeigt doch, wie man durch hohe Löhne, trotz einem verarmten europäischen Markt, eine Krise überwinden konnte. Hier ist die Bahn, auf die auch das deutsche Wirtschaftsleben gedrängt werden muß. Es ist, wie Brailsford nicht mit Unrecht sagt: Man schaffe die Grundlage für einen sich immer mehr ausdehnenden inneren Markt, und die Industrie wird dann auch in die Lage gesetzt, sich dem Druck der hohen Löhne anzupassen.

B. Weingartz.

# Aus der Industrie

## Chemische Industrie

### Wieder 4 Tote in der Igfag in Ludwigshafen.

Am 4. November ist in der Anilin im Bau 546 ein Destillationskessel von zirka 200 Liter Inhalt (Methylformiat) in die Luft geflogen. Dabei wurde 1 Arbeiter sofort getötet, während 3 nachträglich ihren schweren Verletzungen erlegen sind. Außer den 4 Toten hatte der Unfall noch 4 Verletzte zur Folge. Über die Ursachen des furchtbaren Unglücks werden nur Vermutungen ausgesprochen. Die Igfag frißt Menschen auf. Sie hätte alle Ursache, ihrer Arbeiterschaft den Achtstundentag wiederzugeben. Die Gefährlichkeit der Betriebsart und die hohen Betriebsgewinne lassen diese Forderung als selbstverständlich erscheinen.

### Die chemische und keramische Industrie in Australien.

Australien ist etwa sechzehnmal so groß wie das Deutsche Reich, doch hatte es nach der Volkszählung von 1921 nur 5,4 Millionen Einwohner. Vorwiegend infolge der Schutzzollpolitik, die seit Bestand des Australischen Bundes verfolgt wird, hat die einheimische Industrie im ersten Viertel dieses Jahrhunderts ansehnliche Fortschritte gemacht.

Die Zahl der Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie nahm von 11 143 Ende 1901 auf 16 291 Ende 1920 und 20 189 1924 zu, die Zahl der in diesen Betrieben tätigen Personen stieg von 197 783 1901 auf 376 734 1920 und 429 990 1924. Im letztgenannten Jahre befanden sich unter den industriell tätigen Personen: 18 088 mitarbeitende Betriebsinhaber, 15 282 Betriebsleiter, 20 897 Bureauangestellte, 8641 Maschinisten und Heizer, 356 205 gelernte und ungelernte Arbeiter in den Werkplätzen und 10 877 Boten usw.

Den Umfang der chemischen und keramischen Industrie veranschaulichen folgende Zahlen:

Ende 1924 waren vorhanden:

| | Betriebe | Beschäftigte |
|---|---|---|
| Chemische Industrie | 323 | 7 215 |
| Industrie der Öle und Fette | 99 | 3 424 |
| Keramische und Glasindustrie | 845 | 20 256 |

Das amtliche Australische Jahrbuch gibt für die einzelnen Industrien die Verteilung des Personals nach der Stellung im Betriebe nicht an.

Von der Gesamtzahl der in den obengenannten Industrien beschäftigten Personen (30 895) trafen auf die beiden Staaten Neu-Südwales und Viktoria 23 966. Auch die übrigen weiterverarbeitenden Industrien sind in der Hauptsache in diesen Staaten konzentriert, weil hier der Reichtum an Kohle und Eisen am größten und die Verkehrsentwicklung am weitesten fortgeschritten ist.

Der Wert der im Jahre 1924 erzeugten Waren betrug in der chemischen Industrie 8,7 Millionen Pfund Sterling, in der Industrie der Öle und Fette 4,6 Millionen und in der Keram- und Glasindustrie 12,2 Millionen Pfund Sterling. Von dem Gesamtwert der industriellen Produktion, der sich auf 348,6 Millionen Pfund Sterling belief, entfielen auf die obengenannten Industriezweige bloß rund 8 Prozent.

Die auf eine beschäftigte Person treffenden Ausgaben für Löhne und Gehälter stellten sich im gleichen Jahre in der Glas- und Keramindustrie auf 213 Pfund Sterling, in der chemischen Industrie auf 191 Pfund Sterling und in der Industrie der Öle und Fette auf 177 Pfund Sterling. Der in Tarifverträgen, Entscheidungen der Lohnämter und Schlichtungsbehörden für Erwachsene festgesetzte Mindestwochenlohn betrug in der Gruppe Keram-, Glas-, chemische und verschiedene Industrien Ende Dezember 1920 89 Schilling und Ende Dezember 1924 95½ Schilling. Die Frauenlöhne stiegen von 44 auf 49 Schilling in der Woche. Die Arbeitsdauer währt praktisch allgemein 46 oder 47 Stunden in der Woche, nämlich an fünf Tagen je 8 bis 8½ Stunden, am Sonnabend 3 bis 5 Stunden. Seit 1920 wurde die Arbeitsdauer um durchschnittlich etwa eine Stunde in der Woche verkürzt.

H. F.

## Papier-Industrie

### Die Sklaverei in Ostpreußen.

I.

Die Ostpreußische Zellstoff- und Papierindustrie wird von zwei großen Konzernen der Papiererzeugungsindustrie beherrscht, vom Harrison-Konzern (die beiden Königsberger Zellstoff-Fabriken) und vom Waldhof-Konzern (die Zellstoff- und Papier-Fabriken Ragnit und Tilsit).

#### Harrison-Konzern.

Nach dem Tode von Stinnes, dem größten Industrieritter Deutschlands, ging sein Riesenkonzern in die Brüche. Die vom deutschen Stinnes beherrschten Königsberger Zellstoff-Fabriken gingen Anfang des Jahres 1926 in den Besitz der englischen Inveresk Paper Co. Ltd. über, die von dem englischen Stinnes, Herrn Harrison, beherrscht wird. Daher der Name Harrison-Konzern.

Erst im Jahre 1922 wurde die Inveresk Paper Co. gegründet, um sich im Laufe von einigen Jahren unter der geistigen Leitung von Harrison zu einem der größten Papierkonzerne der Welt zu entwickeln. Der Inveresk Paper Co. gehören heute folgende Werke an:

a) in England:

**Die Betriebe der Papiererzeugungsindustrie:**

1. Papierfabrik Musselburgh bei Edinburgh,
2. Carrongrove Paper Co. Ltd. in Denny,
3. New Northfleet Paper Mills Ltd. in Northfleet,
4. British Vegetable Parchment Mills Ltd. in Northfleet,
5. Cladwells Paper Mill Co. in Inverkeithing,
6. Annakdale and Son, Ltd. in Polton,
7. Henry Bruce and Son, Ltd. in Currie,
8. Backhouse and Coppock Ltd. in Macclesfield,
9. Olive and Partington, Ltd. in Barrow,
10. Olive and Partington Ltd. in Glossop,
11. New Merton Board Mills Ltd. in Merton.

**Betrieb des Rohstoffhandels:**

12. Espartograsgroßhandel Morris and Co. Ltd. in Glasgow.

**Illustrierte Zeitschriften-Verlage:**

13. Illustrated London News,
14. Sketch,
15. Sphere,
16. Tatler,
17. Mens Wear,
18. Eve,
19. Drapers Record,
20. Graphic,
21. Bystander;

b) in Deutschland:

**Papier- und Zellstoff-Fabriken:**

22. Kohlyt-A.-G., Königsberg, Werk Sackheim,
23. Kohlyt-A.-G., Königsberg, Werk Cosse,
24. Kohlyt-A.-G., Papierfabrik Hillegossen,
25. Pergamentpapierfabrik Oberlahnstein.

**Chemische Fabriken:**

26. Kohlyt-A.-G., Rheinische Elektron-Werke Köln a. Rh.,
27. Kohlyt-A.-G., Chemische Fabrik Lülsdorf,
28. Kohlyt-A.-G., Chemische Fabrik Wesseling.

Der Harrison-Konzern umfaßt also die Papiererzeugungs-Industrie, angefangen vom Papierrohstoff, einschließlich der Herstellung der für die Papierindustrie benötigten Chemikalien, bis zum Endprodukt im graphischen Gewerbe.

#### Die Rentabilität des Harrison-Konzerns.

Am 15. Oktober hielt der Harrison-Konzern in Edinburgh seine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach der „Papierzeitung" Nr. 88/1926 schilderte Harrison die Rentabilität der Inveresk Paper Co. folgendermaßen:

„Mit Hilfe ihrer Gesellschaften wird der Rohgewinn der Inveresk Paper Co. in einem normalen Jahre 1 Million Lstr. (über 20 Millionen Reichsmark) betragen und nach Abzug der Abschreibungen, der Obligationszinsen und der Dividenden auf Vorzugsaktien, nach Rückstellungen für alle Gesellschaften werden der Inveresk Paper Co. für Dividendenzwecke 400 000 Lstr. (über 8 Millionen Reichsmark) zur Verfügung stehen.

Wenn man die 200 000 Lstr (über 4 Millionen Reichsmark) Rücklagen für die Inveresk Paper Co. dazu rechnet, so wird der jährliche Gewinn der Gesellschaften 600 000 Lstr. (über 12 Millionen Reichsmark), d. h. genau so viel ausmachen, wie das Stammkapital, das von 350 000 auf 600 000 Lstr. erhöht werden soll. —

Das Geschäftsjahr der Inveresk Paper Co. soll am 30. November enden und das Geschäftsjahr der angeschlossenen Gesellschaften am 31. Oktober, damit die Inveresk Paper Co. auf Grund der Erträgnisse der angeschlossenen Werke ihre Dividende berechnen kann. Mit Rücksicht auf den Kohlenarbeiterausstand wird ihre nächstjährige Dividende voraussichtlich „nur" auf 25 v. H. gegen 15 v. H. im Vorjahre festgesetzt werden."

Auf den Anteil der deutschen Papierarbeiterschaft werden wir im Laufe der Abhandlung noch kommen.

#### Waldhof-Konzern.

Die zweite fast ebenso glänzend dastehende Ausbeutergesellschaft ist, wie bereits bemerkt, in Ostpreußen der Waldhof-Konzern. Dieser Konzern umfaßt die Firmen:

1. Zellstoff-Fabrik Waldhof in Mannheim-Waldhof,
2. Papierfabrik Papyrus in Mannheim-Waldhof,
3. Papier- und Zellstoff-Fabrik Waldhof in Tilsit,
4. Papier- und Zellstoff-Fabrik Ragnit,
5. Coseler Papier- und Zellstoff-Fabriken in Cosel (Oberschles.),
6. Papierfabrik Weißenstein in Dillweißenstein,
7. Niederbayrische Zellstoffwerke, A.-G. in Kehlheim a. D.,
8. Papierfabrik Regensburg,
9. Papierfabrik Patenfirk,
10. Simoniussche Zellulosefabriken Wangen i. Allgäu,
11. Papierfabrik Fockendorf,
12. Papierfabrik Unterkochen.

Die Papierfabrik wiederum gehört zum Konzern Unterkochen, der ebenfalls mindestens wiederum sechs Betriebe beherrscht. Weiterhin besteht eine Interessengemeinschaft des Waldhof-Konzerns mit dem Chemietrust.

#### Die Rentabilität des Waldhofkonzerns.

Nach dem Geschäftsbericht des Waldhof-Konzerns erzielte dieser im Geschäftsjahr 1925 einen Gewinn von 4 839 232 Mark. Von diesem Gewinn wurden 2 481 129 Mk. für Abschreibungen verwandt, so daß ein Reingewinn von 2 358 103 Mk. verblieb. Von diesem Reingewinn wurden auf Stammaktien 10, auf Vorzugsaktien 6 und 7 und auf Genußscheine 6 Prozent Dividende verteilt.

Bereits im Geschäftsbericht für 1923 konnte die Gesellschaft berichten, daß „unter Berücksichtigung der übrigen uns nahestehenden Zellulosefabriken auch in der Höhe der Produktion die alte Stelle auf dem deutschen und ausländischen Markte wieder erreicht wurde. Der Geschäftsbericht des Aufsichtsratsvorsitzenden in der Generalversammlung für 1925 aber hebt hervor, daß ein Besuch der amerikanischen und kanadischen Zellstoffindustrie ergeben habe, „daß die Zellstoff-Fabrik Waldhof nach der technischen Seite hin gleichen Schritt mit den dortigen Unternehmungen gehalten habe und daß nur verhältnismäßig geringfügige Anregungen für die Verbesserung der Produktion von den Reisen zurückgebracht wurden".

Weiterhin ist es dem Konzern gelungen, die Produktion selbst gegenüber dem Jahre 1913 erheblich zu steigern, und „durch die technischen Verbesserungen ist die Mehrproduktion in noch höherem Maße veranlaßt worden als durch die in aner-

kennenswerter Weise erfolgte Mehrleistung unserer Arbeiterschaft." Nicht nur die Produktion konnte gesteigert werden, denn „es ist uns gelungen, nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität unserer Produktion erheblich zu verbessern. An der Belieferung der Kunstseidefabriken nimmt Waldhof wohl die erste Stelle unter den deutschen Zellstoff-Fabriken ein und ist mit der norwegischen und kanadischen Produktion erfolgreich in Konkurrenz getreten."

Weiter berichtet der Aufsichtsratsvorsitzende Kommerzienrat Dr. Frank, daß „die krisenhaften Verhältnisse des Inlandes für Waldhof in keiner Weise gefährlich geworden sind. Die Ausführungen im Geschäftsbericht könnten die Vermutung aufkommen lassen, daß auch Waldhof durch die in Deutschland in großem Umfange eingetretenen Zahlungsstockungen, Geschäftsaufsichten und Konkurse in stärkerem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurde. Das ist nicht der Fall gewesen. Waldhof hat, gemessen an dem Umsatz des letzten Jahres, nennenswerte Verluste nicht erlitten."

Bei der Beurteilung der Rentabilität von Waldhof muß weiterhin beachtet werden, daß im Jahre 1925 nicht weniger als 4 118 000 Mk. für Neu- und Umbauten aufgewandt wurden.

Wir glauben deshalb mit Recht ohne jede Übertreibung behaupten zu können, daß der Waldhofkonzern mit zu den rentabelsten Unternehmungen des deutschen Reiches gehört.

G. Stühler.

### Papierfabrik Koeslin A.-G.

Die Belegschaft zählte früher zirka 1300 Köpfe. Eine Anzahl wartet auf Wiedereinstellung. Auch Herr Krause, der kommen mußte, um den heruntergewirtschafteten Betrieb wieder auf die Beine zu bringen, scheint machtlos zu sein. Als der sogenannte Pendelbetrieb eingeführt wurde, scheint es sich der bisherige Betriebsleiter, Direktor Frey (in Wirklichkeit ist er es heute noch), in den Kopf gesetzt zu haben, daß die Belegschaft schuld am Ruin des Betriebes sei, nicht aber seine Maßnahmen und Anordnungen, sowie die Riesengehälter der vielen Direktoren.

Vor einiger Zeit erfolgte allgemein ein Lohnabbau von 7 Prozent, der dank dem Eingreifen der Organisation bei den männlichen Kollegen wieder wettgemacht wurde. Die Arbeiterinnen mußten sich einen weiteren Abbau von 5 Prozent gefallen lassen. Bei Neueinstellungen, die fast alle Augenblicke erfolgen, läßt Herr Frey größte Vorsicht walten; Kollegen, die früher dem Betriebsrat angehörten und in dieser Position äußerst tüchtig waren, und solche, die von ihrem Recht Gebrauch machten, weil sie erkannt hatten, daß auch sie Menschen sind und Überstunden sowie Sonntagsarbeit ablehnten, werden nicht wieder eingestellt. Dafür werden Leute in anderen Betrieben aus der Arbeit herausgeholt, um mit diesen den Betrieb wieder aufzubauen. Der Arbeitsnachweis sieht diesem gleichgültig zu und füllt die Lücken wieder auf, stehen ja doch billige und willige Arbeitskräfte genug zur Verfügung. Ein unerhörtes Überstundensystem hat im Betriebe Platz gegriffen. 16-Stundenschichten sind keine Seltenheit. Es wird drauflos gearbeitet, unbekümmert um das Los der erwerbslosen Kollegen.

## Nahrungsmittel-Industrie

### Schutzzoll und Fischversorgung.

Der Fisch spielt in der deutschen Volksernährung eine bedeutende Rolle. Zum Teil in frischem und zum Teil in geräuchertem oder mariniertem Zustande stellt er namentlich in den Haushaltungen unbemittelter Volksschichten oft den Fleischersatz dar. Trotzdem nun bei der „Fischproduktion" eine Teuerung gegenüber der Vorkriegszeit eigentlich nicht eingetreten ist, stehen die Fischpreise heute im Verhältnis ebenso hoch, ja zum Teil noch höher als andere Waren.

Obwohl die Fischpreise mit den anderen Preisen gleichstehen, ja sie zum Teil überragen, schreien auch die Fischereiinteressenten nach höheren Schutzzöllen für Süßwasserfische. Der deutsche Fischereiverein und der Verein deutscher Teichwirte haben eine Eingabe an die zuständigen Regierungsstellen gemacht, in der sie eindringlichst einen höheren Zollschutz für Süßwasserfische fordern. Begründet wird der höhere Schutzzoll mit der schlechten wirtschaftlichen Lage des Gewerbes und mit der Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Auslande. Wo liegen die Ursachen? Diese Frage wird zu einem erheblichen Teile beantwortet durch eine Gegeneingabe des Vereins der deutschen Fischhändler, in der sich dieser Verein gegen jede Zollerhöhung im Interesse der deutschen Konsumenten wendet.

Der Hauptgrund für diese Preistreiberei — denn um etwas anderes handelt es sich beim Schutzzoll nicht — scheint in den Pachtpreisen für die einzelnen Fischereigebiete zu liegen. Der Verein der deutschen Fischhändler bringt in seiner Eingabe einen Auszug über Pachtpreise verschiedener Fischereigebiete von 1913 und heute. Nach diesen Angaben werden zum Beispiel an Pachtpreisen unter anderen gezahlt:

A. Landseen.

| | früher | jetzt |
|---|---|---|
| Rotzungsee | 1 600 M | 7 000 M |
| Wesenberger Seen | 600 M | 4 000 M |
| Omulessee (500 Hektar) | 3 600 M | 10 200 M |
| Plauer See | 4 600 M | 10 000 M |
| Lankauer See | 250 M | 560 M |
| Lüptowsee | 2 130 M | 6 210 M |
| Myritzsee (großherzogl. Anteil) | 3 800 M | 6 560 M |
| Angermünder Seen | 3 300 M | 6 560 M |
| Richtenberger See | 200 M | 850 M |
| Gr. Borucksee | 800 M | 2 210 M |
| Dadansee | 4 200 M | 14 700 M |
| Mildensee b. Liebstadt | 620 M | 1 900 M |
| Lebassee | 12 000 M | 46 700 M |
| Lindleinseen | 2 000 M | 4 500 M |

B. Wasserläufe.

| | früher | jetzt |
|---|---|---|
| Gutsfischerei von Rogäß | 850 M | 3 000 M |
| Elzbach (Bez. Buchen) | 305 M | 1 025 M |
| Bickendorfer Gewässer | 403 M | 922 M |
| Polkringer Gewässer | 9 M | 241 M |
| Südweyer Gewässer | 20 M | 100 M |
| Fiskalische Gewässer Bez. Wiesbaden | 9 000 M | 40 000 M |
| Gemeindegewässer d. Bez. Wiesbaden | 72 M | 2 800 M |
| Sorge | 300 M | 1 500 M |
| Greifenbach | 14 M | 65 M |
| Forellenbäche bei Kruft | 76 M | 495 M |
| Altrhein bei Daxlanden | 200 M | 2 041 M |
| Aalfang Neue Mühle | 3 000 M | 4 210 M |

Vergleichen wir die in obigem Auszug aufgeführten Zahlen von 1913 und heute, so ergibt sich, daß die Pachtpreise gegen 1913 in geradezu unverschämter Weise in die Höhe getrieben sind. Dieses ist aber auch nur dadurch möglich, daß sich die Fischereipächter bei den Verpachtungen gegenseitig in unerhörter Weise überbieten. Durch die Auswirkungen der Inflation ist ihnen jedes Maß für das zu pachtende Wertobjekt verloren gegangen. Es wird höchste Zeit, daß man sich auch hier in die nüchterne Wirklichkeit zurückfindet. Dieses kann aber nicht dadurch erreicht werden, daß die Fischpreise bis ins Unendliche durch Schutzzölle gesteigert werden, sondern umgekehrt müssen die Pachtpreise für die Fischereien der Wirklichkeit angepaßt werden. Mit Recht sagt der Verein der deutschen Fischhändler in seiner Eingabe:

„Durch eine weitere Preissteigerung bzw. Preispolitik kann der Binnenfischerei, wie auch im nachstehenden näher dargelegt wird, nicht geholfen werden."

Der Verein der deutschen Fischhändler zeigt die Preise im Jahre 1912 und 1925 für Süßwasserfische. Danach wurden für 50 Kilogramm Fische gezahlt: für Karpfen früher 74 Mk., heute 150 Mk., Schleie früher 135 Mk., heute 170 Mk., Hechte früher 90 Mk., heute 120 Mk., Zander früher 130 Mk., heute 170 Mk., Aale früher 90 Mk., heute 200 Mk. Bleie früher 60 Mk., heute 90 Mk. usw. Wörtlich sagt der Verein der deutschen Fischhändler dazu:

„Die Preissteigerung in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression läßt darauf schließen, daß trotz der bisherigen Einfuhr eine zu große Knappheit an Süßwasserfischen besteht, die durch erhöhte Einfuhr behoben werden muß, damit die Preise auch für den Mittelstand und die ärmere Bevölkerung erschwinglich bleiben."

An einer anderen Stelle sagt der Verein der deutschen Fischhändler:

„Die Einfuhr ausländischer Süßwasserfische wird auf lange Zeit hinaus nötig sein, um die systematische Propaganda für den Fischkonsum praktisch nutzbar zu machen und die Befriedigung des auf diese Weise hervorgerufenen Bedarfes auch sicherzustellen. Die Beobachtungen in der Zeit der Zollfreiheit zeigen deutlich, daß die inländische Produktion im Absatz niemals durch die Einfuhr behindert wird."

Diesem Urteil von fachmännischer Seite können wir uns nur anschließen. Der Verbrauch an Süßwasserfischen beträgt in Deutschland rund 2 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. An Seefischen werden rund 8 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung verbraucht. Unser Fleischverbrauch beträgt rund 47 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung im Jahre. Der Fischverbrauch beträgt mithin nicht den vierten Teil des Fleischverbrauches. Alle Interessenten bemühen sich, den Fischverbrauch zu heben. Das ist aber nur möglich, wenn der Fisch, frisch oder zubereitet, im Preise wesentlich unter den Fleischpreisen steht.

Der höhere Schutzzoll für Süßwasserfische würde aber nicht nur eine Preissteigerung für diese, sondern evtl. auch eine Preissteigerung für die Seefische bringen, da diese doch immerhin in einer gewissen Relation zu den Süßwasserfischen stehen. Dadurch würden natürlich auch die zubereiteten Fische verteuert werden. Eine Absatzstockung und ein Rückgang im Beschäftigungsgrade in der Fischkonserven-Industrie aller Art würde die Folge sein. Soll also auf eine Erweiterung des Fischkonsums hingearbeitet werden, dann kann das weder durch Schutzzölle noch durch sonstige preissteigernde Maßnahmen erreicht werden. Der Massenkonsum kann durch preissenkende Maßnahmen gefördert werden. Handel und Industrie aber kommen bei einem größeren Absatz dann auch auf ihre Kosten.

E. S.

## Verschiedene Industrien

### Wege zur Selbsthilfe, oder was als Rationalisierung ausgegeben wird.

„Der Wegweiser" veröffentlicht in seinen Nummern 41 und 42 einen Aufsatz von Dr. Franz Reible mit dem Titel „Wege zur Selbsthilfe in der Spielwaren-Industrie". Der Aufsatz ist so gehalten, daß der Unternehmervertreter zum Unternehmer spricht, ihm Richtlinien zu besserem individuellen Fortkommen auf wirtschaftlichem Gebiet zu geben versucht.

Am Anfang wird die Rationalisierung gefordert. Was die Spielwarenarbeiter interessieren dürfte, ist die Art, wie sich Dr. Reible die Rationalisierung (Ratio heißt Vernunft) in der Spielwaren-Industrie vorstellt. Hier einige seiner Vorschläge:

„Zunächst erscheint die Rationalisierung des eigenen Betriebes primär geboten. Unter Rationalisierung in dem Sinne, wie sie für uns in Frage kommen könnte, verstehen wir aber nicht die Typisierung nach rein amerikanischem Stil, sondern das Bestreben, mit einem möglichst geringen Aufwand und sparsamer Wirtschaftung einen möglichst großen Nutzeffekt zu erzielen. Hierzu erscheint es erforderlich, mit einer verkleinerten Belegschaft die Arbeitszeit wieder auf das normale Vollmaß heraufzuschrauben, statt mit der ganzen Belegschaft verkürzt zu arbeiten. Besonders aber muß mit den Unkosten im Betrieb noch mehr als bisher gespart werden, das Personal bis auf den Stand reduziert werden, der unbedingt erforderlich ist und insbesondere die Frage der Entbehrlichkeit unproduktiver Arbeiter besonders geprüft werden. Die Sparsamkeit darf aber nicht im Betriebe haltmachen, sondern muß vor allem auch auf die eigene Lebensführung und auf die Ansprüche ausgedehnt werden, die jeder einzelne an die Lebenshaltung stellt. Wir müssen wieder das Volk bescheidener Arbeit werden, das wir vor dem Kriege waren, und die persönliche Mitarbeit des Unternehmers von Anfang bis zum Schluß der Geschäftszeit ist mehr als je geboten. Auch eine Revision der Gehalts- und Lohnhöhe, insbesondere der Akkordpreise, wird bisweilen zweckmäßig sein. Wenn wir auch nicht den Standpunkt vertreten, daß mit Lohndrückerei und kärglicher Bezahlung viel erreicht wird, so ist es doch an der Zeit, ungerechtfertigte Überverdienste, die vielleicht noch aus der Inflationszeit und den damaligen ständigen Lohnerhöhungen stammen und mit den Leistungen in einem Mißverhältnis stehen, auf ein vernünftiges Maß zurückzuschrauben."

Die Forderungen, die im vorstehenden Zitat aufgestellt und in „Arbeiterentlassung, Erhöhung der Arbeitszeit (wahrscheinlich bis 18 Stunden am Tage) und Lohnsenkung" gipfeln, sind uns alte Bekannte aus dem Unternehmerlager. Mit diesen Weisheiten längst vergangener Geschlechter sollten die Unternehmervertreter zu operieren endlich aufhören, denn damit kann die Wirtschaft auf keinen Fall der Gesundung entgegengeführt werden.

Die Rationalisierung ist nicht nur eine Frage des Unternehmertums, sondern eine Frage des ganzen Volkes. Die Vorschläge Dr. Reibles zu dieser Frage sind verfehlt, weil seine Beurteilung nur vom Unternehmerstandpunkt ausgeht und ihm deshalb die Umsicht und der Weitblick für die volkswirtschaftlichen Gefilde getrübt sein mögen. Nutzeffekt für den Unternehmer durch rationelle Betriebsführung herauszuwirtschaften, ist ihm alles. Daß darunter die allgemeine Volkswirtschaft zu leiden hat, kommt ihm anscheinend gar nicht zum Bewußtsein.

Heruntersetzung der Belegschaft, Erhöhung der Arbeitszeit sollen in erster Linie die Retter der Spielwaren-Industrie sein. Durch diese Maßnahmen glaubt Dr. R. Vorschläge zur rationellen Arbeit gemacht zu haben, womit ein möglichst hoher Nutzeffekt aus den Spielwarenbetrieben herausgewirtschaftet werden könne. Also „Nutzeffekt" für den Unternehmer, Arbeitslosigkeit für einen Teil und möglichst lange Arbeitszeit für den anderen Teil der Spielwarenarbeiterschaft sind das Hauptziel der Reibleschen Rationalisierung.

Zu diesen Vorschlägen soll sich Herr Dr. Reible gesagt sein lassen, daß der Achtstundentag durch den gewaltigen Triumphzug der Technik, die nach rationellen Gesichtspunkten im Wirtschaftsbetriebe durch die geistige und natürliche menschliche Arbeit eingebaut ist, schon lange überholt ist. Also, warum heute noch eine höhere Arbeitszeit vorschlagen oder auch nur in den Bereich der Betrachtungen einbeziehen?

Wenn diese Tatsache vom Unternehmertum nicht eingesehen oder wenn sie gar absichtlich umgangen wird, wie es scheint, dann ist es an der Zeit, daß das System kapitalistischer Allüren abgehalftert wird. Man bilde sich in jenen Kreisen doch nicht ein, daß ein Staatsgebilde, gleichgültig, wie es heißen mag, sich auf die Dauer einige Millionen Erwerbslose leisten kann, noch dazu, wenn festgestellt ist, daß diese Erwerbslosigkeit zum großen Teil aus der Rationalisierungskrise herzuleiten ist. Nur Vogel-Strauß-Wirtschaftspolitiker können daran glauben oder Gefallen finden.

Um den Nutzeffekt seiner Klienten ertragsreicher zu gestalten, wird von Dr. Reible ein Lohnabbau vorgeschlagen, und zwar ist der Generalangriff dorthin gerichtet, wo schon immer weiter nichts zu finden war als Hunger, Elend und Verzweiflung. Wenn Dr. Reible sein Brot als Volkswirtschaftler verdienen müßte, wäre er vermutlich auch schon abgebaut. Die „Akkordpreise" sollen heruntergesetzt werden. Fragen wir uns, wer mit dieser Heruntersetzung des Akkordpreises getroffen würde. Im Betriebe recht wenige, bleibt noch die große Zahl der Haus- und Heimarbeiter übrig. Wenn Herr Dr. Reible die Absicht hat, an den Heim- und Hausarbeitern noch einen Aderlaß vorzunehmen, so kann ihm vorweg gesagt werden: „Laß alle Hoffnung fahren"; denn dort ist ganz bestimmt nichts mehr zu holen. Der „rationelle" Aderlaß zum möglichst großen Nutzeffekt für die Unternehmer ist bei den Haus- und Heimarbeitern schon jahrzehntelang vorgenommen. Herr Dr. Reible dürfte deshalb mit seinen Vorschlägen reichlich spät kommen.

Bemerkenswert ist der Satz 5 der Ausführungen von Dr. R. Dort gibt er zu, daß die Unternehmer zu hohe Anforderungen an ihre Lebenshaltung stellen, und daß damit aufgehört werden müsse. Also selbst den Arbeitgebervertretern werden die ganz enormen Ansprüche, die ihre Klienten an die Lebenshaltung stellen, zu bunt, und das will schon etwas heißen. Was für Orgien mögen manchmal in diesen Kreisen in der Zeit gefeiert werden, wo Millionen von Arbeitern die allergrößten Entbehrungen zu ertragen haben. Diese Feststellung eines Arbeitgebervertreters ist des Aufbewahrens wert.

Was den Artikel im übrigen außerhalb des Rahmens der Objektivität stellt, ist der Zug der Parteilichkeit, der die ganze Abhandlung durchläuft. Der Verfasser schreibt nicht als Volkswirtschaftler in einer objektiven Form, sondern als Parteivertreter einer Unternehmergruppe. Gerade deshalb sind die Reibleschen Vorschläge nur als Schlagworte zu betrachten.

Welche Mängel in der Spielwaren-Industrie beseitigt werden müssen, um diese Industrie wieder konkurrenzfähig zu machen, darauf haben wir in den Nummern 36 und 38 des „Proletariers" bereits hingewiesen. Es erübrigt sich deshalb, heute nochmals darauf einzugehen.

H. Elflein.

# Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

### Verordnung zur Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 („Reichsgesetzblatt" I S. 127) ordne ich mit Zustimmung des Reichsrats und nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung an:

I.

Artikel 1 der Vierten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 4. Juli 1924 („Reichsgesetzblatt" I S. 663) erhält folgende Fassung:

„In die in § 4 Absatz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 („Reichsgesetzblatt" I S. 127) bezeichnete Frist von 12 Monaten wird diejenige Zeit nicht eingerechnet, während der der Erwerbslose

1. eine Beschäftigung ausgeübt hat, die ihrer Art nach die Anwartschaft auf Erwerbslosenfürsorge begründet, aber weniger als drei Monate gedauert hat, oder
2. durch Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, eine solche Beschäftigung fortzusetzen, oder
3. auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wurde."

II.

Diese Verordnung tritt am 1. November 1926 in Kraft.

Berlin, den 27. Oktober 1926.

Der Reichsarbeitsminister.
Dr. Brauns.

(„Reichsarbeitsblatt" Nr. 41 Seite 332.)

### Neueste Verordnung zur Erwerbslosenfürsorge.

Entgegen einem Beschluß des Reichstags, der für die erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger 30 Prozent und bei den Familienzuschlägen 20 Prozent mehr als seither vorsah, hat die Reichsregierung eine Verordnung mit Datum vom 9. November erlassen, wonach mit sofortiger Wirkung die Hauptunterstützungssätze um 10 Prozent und die Sätze der alleinstehenden Unterstützungsempfänger um 15 Prozent erhöht werden.

## Die Versorgung der ausgesteuerten Erwerbslosen im Krankheitsfalle.

Nach der Erwerbslosenfürsorgeverordnung soll die Gemeinde, die Erwerbslosenunterstützung gewährt, den Erwerbslosen bei der zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse gegen Krankheit versichern. Wenn jedoch der Erwerbslose wegen Aussteuerung aus der Unterstützung ausscheidet, fehlt es an einer Krankenversicherung. In solchem Falle stehen die Erwerbslosen Krankheiten vollständig schutzlos gegenüber. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen hat sich deshalb an den Reichsarbeitsminister gewandt und ihn um Abhilfe ersucht, da die ausgesteuerten Erwerbslosen am allerwenigsten in der Lage sind, noch einen Notpfennig für Krankheitsfälle zurückzulegen. In einem Bescheid vom 19. Oktober d. J., der an die obersten Landesbehörden gegangen ist, hat der Reichsarbeitsminister diesem Ersuchen entsprochen. Der Reichsarbeitsminister legt in diesem Bescheide den Bezirksfürsorgeverbänden nahe, die ausgesteuerten Erwerbslosen zur Weiterversicherung bei ihrer Krankenkasse zu veranlassen. Die Beiträge wären von den Bezirksfürsorgeverbänden zu übernehmen. Diese sind dann berechtigt, die Hälfte der Beiträge vom Reich erstattet zu verlangen. Den ausgesteuerten Erwerbslosen ist dringend anzuraten, die Bezirksfürsorgeverbände auf diese Verfügung aufmerksam zu machen und sich in der Krankenkasse weiter zu versichern, der sie zuletzt angehört haben. Die Weiterversicherung muß jedoch innerhalb von drei Wochen nach dem Aufhören der Erwerbslosenunterstützung geschehen.

## Schutz für die älteren Arbeiter.

Der ADGB., der schon anläßlich der Diskussion über den Schutz der älteren Angestellten auch auf die wachsende Notlage der älteren Arbeiter hingewiesen hatte, ist nunmehr dazu übergegangen, mehrere positive Vorschläge, die dem Schutze der älteren Arbeiter dienen sollen, auszuarbeiten. Die Vorschläge sind dem Reichsarbeitsministerium zugeleitet worden mit dem Ersuchen, baldigst zu ihnen Stellung nehmen zu wollen. Ebenso wird sich der Reichstag in Kürze mit den aufgestellten Forderungen des ADGB. zu befassen haben. Im einzelnen handelt es sich um folgende Forderungen:

1. Auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung.

a) Zu fordern ist ein für alle privaten und öffentlichen Unternehmungen geltender Zwang zur Meldung sämtlicher offenen Stellen beim öffentlichen Arbeitsnachweis.

b) Der Arbeitgeber muß verpflichtet werden, alle Arbeitskräfte nur durch die Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises einzustellen, soweit ihm Arbeitskräfte von dort nachgewiesen werden.

2. Zwang zur Einstellung älterer Arbeiter.

Alle Unternehmungen öffentlichen und privaten Rechts müssen auf je fünf beschäftigte Arbeiter, ausschließlich der Lehrlinge, mindestens einen Arbeiter oder eine Arbeiterin im Alter von mehr als 50 Jahren beschäftigen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn der Arbeitsnachweis solche älteren Arbeitskräfte nicht zuweisen kann. Für Berufszweige, in denen das Lebensalter im allgemeinen geringer ist, kann durch Verordnung des Reichsarbeitsministers eine niedrigere Altersgrenze festgesetzt werden.

3. Ausdehnung des Einspruchsrechts gegen Kündigungen.

Das Einspruchsrecht gegen Kündigungen, wie es der § 84 des Betriebsrätegesetzes vorsieht, ist den Arbeitnehmern aller Betriebe, auch derjenigen, in denen ein Betriebsrat nicht wählbar ist, zu geben mit der Maßgabe, daß der Einspruch in den letzteren Betrieben an das Arbeitsgericht direkt gerichtet werden kann.

Arbeitgeber, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafen, im Wiederholungsfalle mit Freiheitsstrafen bestraft.

Werden diese Vorschläge Gesetz, so sind wir auf dem Wege zu einem wirksamen Schutz der menschlichen Arbeitskraft ein Stück weiter. Für diese gewerkschaftlichen Forderungen mit ganzer Kraft einzutreten, ist Pflicht aller Arbeiter.

# Wirtschaftliches.

## Preisrückgang, ein trauriges Zeichen!

Diese offene ehrliche Auffassung ist zu lesen in der „Industrie- und Handelszeitung" Nr. 262 vom 9. November 1926, Seite 3 des Hauptblattes, in einem Artikel: „Die Bubikopfmaschine". Es ist die Rede von dem Rasiermesser-Ersatz und von der Umgestaltung der Rasiermesser zur Benutzung bei der Instandhaltung von Bubiköpfen. Der markante volkswirtschaftliche Salto mortale lautet:

„Hand in Hand ging die Verbilligung, die heute jedoch auf einem auf die Dauer unhaltbaren Niveau angekommen ist. Das ist ja das traurige Zeichen der ganzen Branche, daß bei Unmöglichkeit einer gemeinsamen Preispolitik ein Preiskampf von so unerhörter, sich gegenseitig aufreibender Stärke herrscht. Die erste Zehntel-Millimeter-Haarmaschine wurde nach dem Kriege zum Engrospreise von einem Dollar gehandelt, gewiß ein in der Inflationszeit ansehnlicher Preis. Heute kostet die „Bubikopfmaschine" — so ist ihr offizieller Titel geworden — fast die Hälfte. Ja, man spricht von Käufen, die auf der Basis von 1,55 Mk. und noch darunter zustandegekommen sind. Wenn auch ein Teil der skizzierten Verbilligung auf Vereinfachung der Konstruktion und des Produktionsherganges kommt, so dürfte es doch interessant sein, daß eine gesteigerte Nachfrage eine Preissenkung auf der ganzen Linie gebracht hat. Aber auch das beleuchtet die eigentümlichen und ungesunden Verhältnisse am Solinger Platz. Die Nachfrage, auch die ausländische, ist unverändert stark. Man hört von Aufträgen über 25 000 Stück, die geschlossen placiert wurden, man kennt Firmen, die 50 und mehr Prozent der Produktion ausschließlich auf dieser Maschine laufen haben."

Das ist freilich unerhört. Trotz großer Nachfrage niedrige Preise. Das zerreißt ja ein richtiges Kapitalistenherz. Nach unserer Meinung werden die Bubikopfmaschinen-Fabrikanten nicht unter den Herstellungskosten verkaufen. Der Verfasser unseres Zitats muß noch in den Irrgängen des Inflationshimmels wandeln. Möge er sich bald bessern.

# Gewerkschaftliche Nachrichten.

## Die Amokläufer.

Die KPD. befindet sich wieder in einem Zustand hochgradiger Raserei, bei der sie, mangels eines geeigneteren Objektes, sich selbst zerstört. Die schweren gewerkschafts- und arbeiterschädigenden losen Streiche der KPD. sind noch nicht vergessen, — nun wieder sehen die KPD.-Häuptlinge nach neuen Opfern aus: Die „Rote Fahne", Nr. 250 vom 7. November 1926, schrieb in einem Artikel „Mehr Gewerkschaftsarbeit" unter anderem:

Die Enttäuschung der Massen durch den Reformismus hat zur Folge, daß die gewerkschaftsfeindlichen Stimmungen wachsen. Deshalb muß die Opposition ihre Arbeit in den Gewerkschaften gewaltig verstärken, denn sie ist die einzige Kraft, die dem zersetzenden Einfluß des Reformismus entgegenwirken und in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiterklasse wegweisend sein kann…

Die Kommunisten müssen durch ihre praktische Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und in jeder Gewerkschaft beweisen, daß sie die Fähigkeit zur Führung der Arbeiterschaft besitzen und dadurch das Vertrauen der Arbeiterschaft rechtfertigen.

Diese Leute wollen Gewerkschaftsarbeit leisten und wissen noch gar nicht, wer den letzten Kommunisten aus der Partei ausschließen soll. Sie reden von Einheitsfront und zerstören sie seit dem Geburtstag des Spartakusbundes. Wenn die KPD. von Gewerkschaftsarbeit redet, so denkt sie an neuen Unfug in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen, auf dem Gebiete der Lohnbewegungen usw. Aber eine Partei, die seit 8 Jahren Amok läuft, kann nicht mehr selbst zur Vernunft kommen. Sie muß gebändigt werden. Das wollen wir in unseren Mitgliederversammlungen besorgen, wenn diese wilden Parteimänner auftreten.

## Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften.

| Verbände | Mitgliederzahl am Jahresschluß 1924 | 1925 | Gewinn + oder Verlust — absolut | Prozent |
|---|---|---|---|---|
| Bauarbeiter | 28 860 | 30 714 | + 1 854 | + 6,4 |
| Bekleidungsarbeiter | 15 694 | 14 245 | — 1 449 | — 9,2 |
| Bergarbeiter | 101 715 | 98 656 | — 3 059 | — 3,0 |
| Buchdrucker | 3 020 | 3 251 | + 231 | + 7,6 |
| Fabrikarbeiter | 56 309 | 52 302 | — 4 007 | — 7,1 |
| Gärtner | — | 2 843 | + 2 843 | — |
| Gasthausangestellte | 17 352 | 16 573 | — 779 | — 4,5 |
| Arbeiter öffentl. Betriebe | 20 990 | 25 476 | + 4 486 | + 21,4 |
| Graphiker | 3 974 | 4 181 | + 207 | + 5,2 |
| Hausangestellte | 4 057 | 3 184 | — 873 | — 21,5 |
| Heimarbeiterinnen | 7 509 | 7 426 | — 83 | — 1,1 |
| Holzarbeiter | 28 640 | 26 884 | — 1 756 | — 6,1 |
| Landarbeiter | 80 725 | 78 195 | — 2 530 | — 3,1 |
| Lederarbeiter | 10 711 | 10 132 | — 579 | — 5,4 |
| Maler | 2 206 | 2 323 | + 117 | + 5,3 |
| Metallarbeiter | 120 666 | 100 558 | — 20 108 | — 16.6 |
| Nahrungsmittelarbeiter | 8 204 | [illegible] | — 303 | — 3,7 |
| Tabakarbeiter | 21 775 | 24 268 | + 2 493 | + 11,4 |
| Textilarbeiter | 80 545 | 78 571 | — 1 974 | — 2,4 |
| Zusammen | 612 952 | 587 578 | — 25 274 | — 4,1 |

Die Gärtnereiarbeiter haben sich vom Landarbeiterverband getrennt und eine eigene Organisation geschaffen.

# Berichte aus den Zahlstellen.

**Reutlingen.** Am 31. Oktober 1926 tagte die fällige Quartalsversammlung. Der zweite Bevollmächtigte erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Der Kassenbericht führte den Anwesenden ein erfreuliches Bild vor Augen. Hat man doch zu Beginn des dritten Quartals einen Kollegen wieder mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Die seinerzeit gehegten Befürchtungen, mit den Einnahmen nicht auszukommen, sind nicht zur Tatsache geworden. Der Markenumsatz ist als gut zu bezeichnen. An Unterstützungen wurden rund 2000 Mark an die Mitglieder ausgezahlt. Dies erbringt den Beweis, daß ein großer Prozentsatz an die Mitglieder wieder zurückgegeben und bei Krankheit und Kurzarbeit mit ganz schönen Summen den Berechtigten unter die Arme gegriffen wird. Der zweite Punkt sah die Hausagitation vor. Es wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß jedes Mitglied ein neues Mitglied zu gewinnen habe. Am Tage der Versammlung sind von 4 Kollegen durch Hausagitation annähernd 30 Mitglieder gewonnen worden.

# Rundschau.

## Eine gelbe Paarung.

Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates fand am 5. November 1926 die Gründungsversammlung der „Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik" statt, deren Hauptausschuß die Generaldirektoren verschiedener Werke, u. a. Direktor Bergmann von der Ilseder Hütte, Chefredakteur Schmidt-Höpker von der „Deutschen Bergwerkszeitung", Direktor G. Schurig (Bremen), Prof. Fuchs von der Universität Tübingen, Prof. Paul Rüppel (München) und Geh. Rat Prof. Voigt (Frankfurt a. M.) angehören. In der Versammlung waren auch anwesend Dr. Meißinger und v. Mackensen von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und Dr. Schürholz vom Reichsverband der deutschen Industrie.

Über die Entstehungsgeschichte verbreitete sich Generaldirektor Horst-Delmenhorst. Er erklärte, daß die Anregung zur Gründung der neuen Gesellschaft bereits vor einem halben Jahre gegeben worden sei. Die Verhandlungen über ein Zusammengehen mit dem „Bund für nationale Wirtschafts- und Werkgemeinschaft", der unter dem Vorsitz des alldeutschen Oberfinanzrats Dr. Bang steht, hätten sich zerschlagen.

Von einem anderen Redner wurde ausgeführt, daß der Gedanke des Wirtschaftsfriedens und der Bekämpfung des Klassenkampfes von Arbeiterseite aufgenommen worden sei, während bisher bei den Unternehmern eine wirtschaftsfriedliche Organisation gefehlt habe. Diese Lücke wolle die neue Gesellschaft ausfüllen. Nach den Ausführungen von Dr. Horst bekennt sich die Gesellschaft programmatisch als Gegnerin des Gewerkschaftsgedankens, dem der Gedanke der Werksgemeinschaft gegenübergestellt wird.

Auf eine Anregung in der Versammlung, wie sich die Industrie- und Arbeitgeberverbände zu der neuen Gründung stellten, erklärte Herr von der Linde, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände alle Bestrebungen begrüße, die geeignet seien, die bestehenden Spannungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auszugleichen und für dieses Ziel bei den Unternehmern zu werben. Es entspreche aber nicht den Gepflogenheiten der Arbeitgeberverbände, sich bei einer neuen Gründung in diesem Sinne zu beteiligen.

Also, die Unternehmer begrüßen das gelbe Gebilde. Eine Überraschung wird die Gründung für sie nicht sein, denn schließlich sind sie ja der Vater des gelben Wechselbalges. Nicht umsonst schreien sie fortgesetzt: „Fort mit den Soziallasten". Dafür sollen die gelben Mitbrüder der neuen Gesellschaft aus Arbeiterkreisen „Geschenke" bekommen. (Siehe Jsfag.) Die gelbe Volkshochschule der Unternehmer in Treptow und die „Dinta" in Düsseldorf liegen auf der gleichen Wegstrecke wie die neue Gründung. Das Ganze soll dienen der Verschleierung der immer mehr sichtbar werdenden Gemeingefährlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

## Was die Berufsgenossenschaften sind.

In den Berufsgenossenschaften sind die Unternehmer — zu Unrecht — immer noch so gut wie unter sich, also „Herr im Hause". Die Versicherten sind nur Objekt.

In der Zeitschrift „Der Arbeitgeber", dem Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, erschien in der Nummer 15 vom 1. August 1926 ein Artikel über die Berufsgenossenschaften von Herrn Dr. h. c. Meesmann, dem Geschäftsführer der Papiermacher-Berufsgenossenschaft (Sitz Mainz). Er klagt darüber, daß die Unternehmer ein Quentchen ihrer Alleinherrschaft haben opfern müssen, indem er schreibt:

„Ohne Wirkung sind die Vorstöße der Gegner der Berufsgenossenschaften in den Parlamenten schon bisher nicht gewesen. Es sei nur an die erhebliche Einschränkung der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften, wie sie durch Erweiterung der Aufsichts- und Eingriffsbefugnisse des Reichsversicherungsamts und des Reichsarbeitsministeriums sowie dadurch herbeigeführt worden sind, daß man den Versicherten in den Organen für die Entschädigungsfestsetzung eine Vertretung eingeräumt hat."

Solchen Bestrebungen gegenüber sollen die Unternehmer auf dem Posten sein, und dann stellt Dr. Meesmann fest, was die Berufsgenossenschaften immer noch sind:

„Die Berufsgenossenschaften stellen sich demnach dar als ein Hort und Bollwerk des Unternehmertums gegen die sozialistische Einstellung unserer heutigen Gesetzgeber. Fallen sie einer sinnlosen Gleichmacherei und Paritätssucht zum Opfer, so haben die Unternehmer die Kosten zu tragen."

## Eine Statistik des Jammers.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Trunksüchtigen dauernd gestiegen. Wieviel Elend mit der Trunksucht verbunden ist, enthüllt u. a. auch der amtliche Bericht über die Tätigkeit der Fürsorgestelle für Alkoholkranke im Bezirk Berlin-Spandau. Wir entnehmen ihm die folgenden Ziffern:

| | 1923/24 | 1924/25 | 1925/26 |
|---|---|---|---|
| Gesamtzahl der behandelten Fälle | 355 | 451 | 565 |
| Gesamtzahl der Trinkerkinder | 346 | 515 | 581 |
| davon minderwertig | 10 | 22 | 23 |
| körperlich schwach | 118 | 146 | 193 |
| verwahrlost | 9 | 8 | 8 |
| Geschlechtskrankheiten unter der Wirkung des Alkohols erworben | 5 | 7 | 16 |
| Verbrechen unter der Wirkung des Alkohols verübt | 21 | 32 | 40 |
| entmündigte Trinker | 8 | 10 | 15 |
| unter vorläuf. Vormundschaft stehende Trinker | 27 | 33 | 64 |
| In Trinkerheilstätten untergebracht | 13 | 14 | 14 |
| In Irrenanstalten untergebracht | 10 | 24 | 24 |
| In Krankenhäusern untergebracht | 11 | 23 | [illegible] |
| Unterstützungsempfänger, da infolge des Alkoholismus verarmt | 11 | [illegible] | [illegible] |

Die Fürsorgestelle bemerkt dazu, daß ihr nur ein Teil aller Trunksuchtsfälle bekannt wird. Denn nur in den äußersten Fällen, wenn sie die Mißhandlungen der Kinder oder der eigenen Person gar nicht mehr ertragen, wenn sie den Verfall der Wirtschaft nicht mehr mit ansehen können, entschließen sich die gequälten Frauen zum Gang in die Fürsorge, oder mitleidige Nachbarn, die sich des Elends in der Trinkerfamilie erbarmen, erstatten Anzeige. Mindestens ebensoviel Jammer und unsagbares Leid gibt es aber noch in den der Fürsorgestelle nicht bekannten Trinkerfamilien.

## Wie soll das moderne Buch beschaffen sein?

„Zum Lesen von Wälzern haben die wenigsten Zeit und Lust. Ihnen muß das Wissenswerte in möglichst kurzer und prägnanter Fassung vorgetragen werden, damit es in sie eingehe. Und zwar beweist dieser Umstand an sich nicht Oberflächlichkeit der Leser, sondern höhere Geistesentwicklung. Wer aus zwei Worten ermißt, worauf es ankommt, ist dem, welcher langstieliger Auseinandersetzungen dazu bedarf, ebenso absolut überlegen wie der des prägnanten Ausdrucks Fähige dem Umständlichen."

Diese gewiß zutreffenden Sätze stammen aus der unlängst erschienenen Schrift des Grafen Keyserling: „Die neuentstehende Welt"; aber wenige Werke werden dem Standpunkt, den der geistvolle und weltmännische Denker hier vertritt, so vollkommen entsprechen wie der Kleine Brockhaus, das Handbuch des Wissens in einem Band.

# Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

aus dem Verbande wurde das seitherige Mitglied der Zahlstelle Tettau, Christian Stug, Buch-Nummer 134 561, auf Grund des § 14, Ziffer 2a und 3a unseres Verbandsstatuts.

## Literarisches.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Heft 10. Preis 1 Mark. Berlin S 14, Verlagsgesellschaft des ADGB. Das Oktoberheft enthält folgende in sich abgeschlossene Artikel: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes; Das Problem des Wohnungsbaues; Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie; Staatsverneinung — Staatsbejahung; Der Reallohn in Sowjetrußland. Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft. Von den kleinen Aufsätzen in der „Rundschau der Arbeit" sind beachtenswert: Untersuchungsergebnisse der arbeitspsychologischen Forschungen; Industrielle Zusammenschlußbewegungen; Aus dem Gebiete der Gewerbehygiene.

„Gesundheit und Gesellschaft." Zwei Veranstaltungen der bürgerlich-kapitalistischen Welt in letzter Zeit sind mit Veranlassung zur Herausgabe einer Sondernummer der „Urania" unter obigem Titel gewesen: die Reichsgesundheitswoche und die Gesolei. Aus dem inhaltsreichen Hefte erwähnen wir „Krankheit als soziale Erscheinung", „Wohnungsnot als Krankheitsursache", „Öffentliche Eheberatung", „Staub als Krankheitsursache", „Der Einfluß der Rationalisierung auf die arbeitende Frau", „Der Geisteskranke in Geschichte und Gesellschaft", „Sozialisierung des Heilwesens", „Geschlechtliche Jugendbelehrung", „Sozialhygiene in Sowjetrußland".

Sonderheft (Heft 2 des III. Jahrganges) der „Urania", Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, Einzelpreis 40 Pf. Vierteljährlich 3 Hefte und 1 Buchbeigabe, Ausgabe A (mit broschierten Buchbeigaben) 1,60 Mk. Ausgabe B (mit in Ganzleinen gebundenen Buchbeigaben) 2,25 Mk. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena.

„Kulturwille" Nr. 11, Großmacht Presse II. Einzelnummer 20 Pfennig. Jahresabonnement 2,40 Mark. Probenummer frei! Verlag Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braustr. 17. Diese Nummer bringt im Anschluß an die bereits in Nummer 10 behandelten Probleme der sozialistischen Presse einige überaus interessante und lebendige Beiträge. Wir nennen nur: Otto Jenßen: über proletarischen Journalismus, Jling: Filmkritik in der sozialistischen Presse, Siemsen: Zeitungen im Ausland, Walter Aub: Verflechtungen in der bürgerlichen Presse, Schumann: Über Presse-Reform. Ferner enthält das Heft eine Anzahl wertvoller Radierungen.

Katalog freigeistiger Literatur. Im Auftrage der Reichsarbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik bearbeitet von Franz Gollmann. VII, 139 Seiten, Kl. 8°. Preis 90 Pfennig. Verlag Joh. Rudolph Nachf., Dresden-A. 1, Grunaer Straße 38. Der Katalog umfaßt die seit 1900 erschienenen und noch im Buchhandel befindlichen Veröffentlichungen der freigeistigen Literatur, die in übersichtlicher Anordnung in 13 Gruppen eingeteilt sind.